

Gesucht: Deutsche Ärzte

Im Gesundheitswesen kommt es zur Trendwende. Für Deutsche verliert die Schweiz an Attraktivität.

VON FABIANNE RIKLIN

Der Ärztemangel in der Schweiz spitzt sich zu. Besonders gesucht sind derzeit Allgemeinmediziner. Weil über die Hälfte der Hausärzte in den nächsten Jahren pensioniert wird, fehlen bereits in drei Jahren 2000 Praktiker. Doch auch für Spitäler ist es schwieriger, vakante Stellen zu besetzen. Der Grund dafür: Weniger deutsche Ärztinnen und Ärzte wollen hierzulande arbeiten.

Doch genau die Deutschen haben uns bis anhin aus der Misere geholfen. Das ändert sich nun. «Die Schweiz hat an Anziehungskraft verloren», sagt Julia Balensiefen von B-plus, einem Spezialisten für die Suche und Vermittlung von Ärzten.

Noch sind in hiesigen Spitälern und Praxen 6240 deutsche Mediziner tätig. Doch ihr Anteil unter den ausländischen Ärzten nimmt ab. Bei 56 Prozent liegt er aktuell, vor fünf Jahren betrug er noch knapp 60 Prozent. Als Grund für diese Entwicklung nennt Balensiefen die veränderten Arbeitsbedingungen in Deutschland. So hätten deutsche Spitäler eine Arbeitszeitbeschränkung eingeführt, das Feriensaldo aufgestockt und die Löhne erhöht. «Herumgesprochen hat sich aber auch, dass Deutsche in der Schweiz nicht nur willkommen sind», sagt sie. Insbesondere die

Annahme der Masseneinwanderungsinitiative habe viele enttäuscht und teilweise zur Rückkehr veranlasst. «Sie ist auch heute oftmals ausschlaggebend, dass es sich Deutsche zweimal überlegen, einen Job in der Schweiz anzunehmen.» Vor allem Ärzte mit Familien seien zurückhaltend. «Sie möchten ihren Kindern Anfeindungen ersparen.»

Auf ausländische Ärzte angewiesen
So stellt die Kadervermittlung B-plus fest, dass es anspruchsvoller wird, Ärzte aus Deutschland zu rekrutieren. Und zwar nicht nur Nachwuchsleute, sondern auch solche für Chefarztpositionen. Die Universitätsspitäler in der Deutschschweiz bestätigen diese Entwicklung. «Es ist grundsätzlich schwieriger geworden, Deutsche in die Schweiz zu bewegen», sagt Gregor Lüthy, Leiter Unternehmenskommunikation des Universitätsspitals Zürich. Besonders gross sei die Herausforderung bei den erfahrenen Fachärzten. «Die Kompensationspakages in der Schweiz haben gegenüber Deutschland an Attraktivität eingebüsst.»

Über ein Drittel der Ärzte am Unispital Zürich sind Deutsche. Am Unispital Basel sind es knapp 40 Prozent. Dessen Sprecher Martin Jordan sagt: «Wir sind zwingend auf ausländische Arbeitskräfte angewiesen.» Zwar ist der Anteil der Deutschen

«Wir bilden seit Jahren viel zu wenige Ärzte aus.»

JÜRGEN SCHLUP
PRÄSIDENT DES
ÄRZTEVERBANDS FMH

stabil, es fragt sich allerdings wie lange noch. Eine Ersatz-Nationalität, die dem Ärztemangel entgegenwirkt, zeichnet sich nicht ab. «Zwar erhalten wir Bewerbungen aus ganz Europa und auch aus Drittstaaten wie den USA, Russland oder Indien, doch Voraussetzung für eine Anstellung ist, dass sich jemand problemlos mündlich und schriftlich auf Deutsch verständigen kann.»

Mehr Studienplätze gefordert

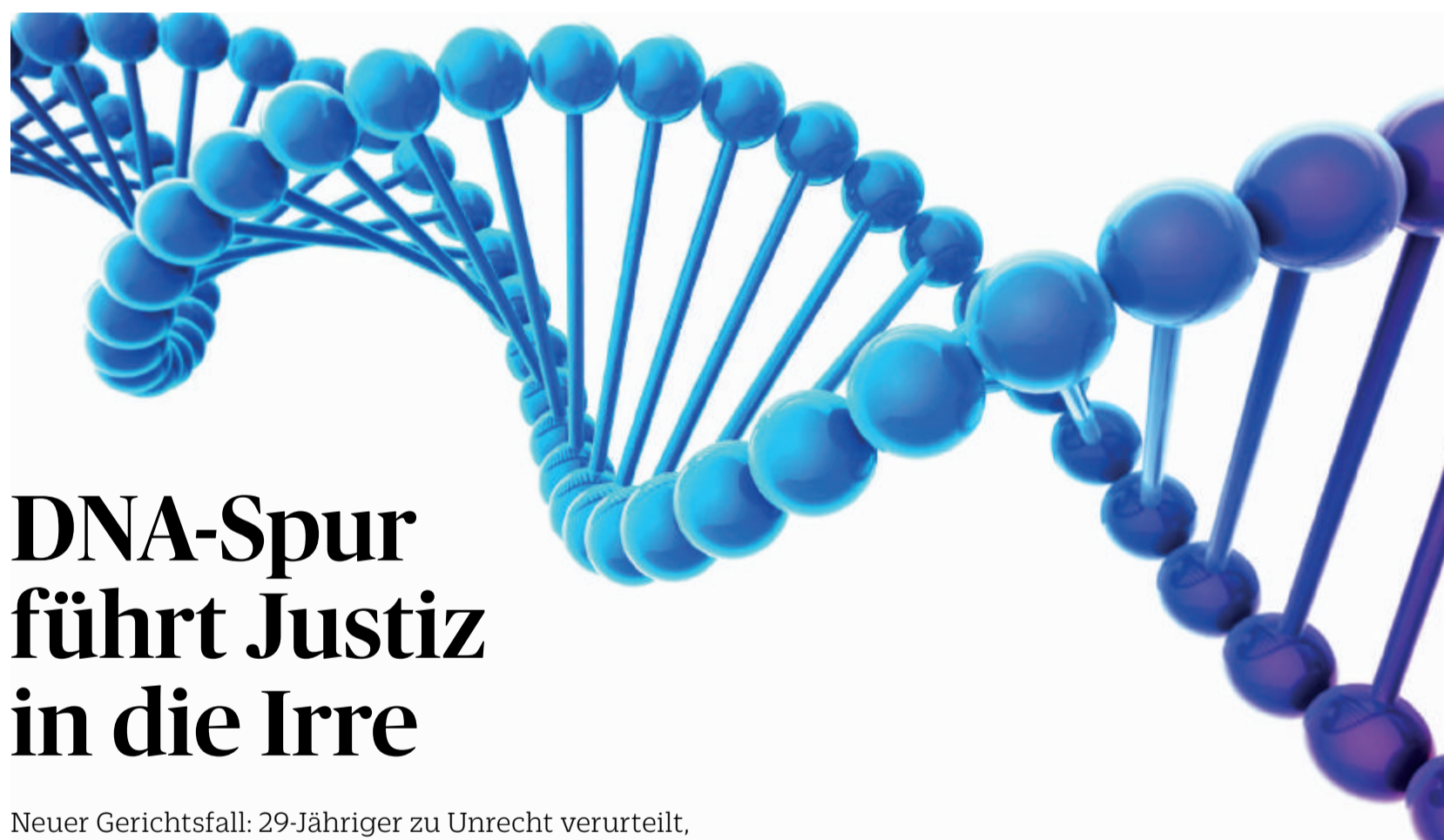
Am Inselspital Bern sind derzeit 52 Stellen im ärztlichen Bereich offen. «Die Situation hat sich über die vergangenen Jahre kontinuierlich verschlechtert», sagt Sprecherin Monika Kugemann. «Es wird immer schwieriger, die offenen Stellen fristgerecht zu besetzen.» Unlängst hat sich Gesundheitsminister Alain Berset dahingehend geäußert, dass er die Zulassung, den Numerus clausus, lockern möchte. «Es braucht eine gewisse Öffnung bei der Ausbildung von Ärztinnen und Ärzten an der Universität.» Doch Jürg Schlup, Präsident des Ärzteverbands FMH, ist überzeugt: «Mit einer Abschaffung des Numerus clausus haben wir noch keinen einzigen neuen Studienplatz.»

Über 5000 junge Menschen haben sich dieses Jahr für ein Medizinstudium gemeldet, doch nur 1683 werden Mitte Septem-

ber tatsächlich die Bank an einer Schweizer Universität drücken. Mehr Studienplätze gibt es schlicht nicht. Der Numerus clausus beschränkt die Zulassung. Die Folge: Jeder dritte berufstätige Arzt hat ein ausländisches Diplom - vor fünf Jahren war es noch jeder vierte.

Für Jürg Schlup ist diese Situation unhaltbar. «Unsere medizinische Versorgung kann nur dank ausländischen Ärztinnen und Ärzten aufrechterhalten werden», sagt er. Bei den Hausärzten wie auch bei den Spezialisten sei die Schweiz auf die Zuwanderung angewiesen. «Wir bilden seit Jahren viel zu wenige Ärzte aus.» Der Bundesrat will deshalb in den nächsten vier Jahren in die Ärzteausbildung investieren. Ziel ist es, die Zahl der Abschlüsse zu erhöhen. Nur 890 Medizinstudenten gingen vergangenes Jahr erfolgreich von der Universität ab. Künftig sollen gemäss Bundesrat 1300 Mediziner pro Jahr diplomiert werden. Um dieses Ziel zu erreichen, braucht es allerdings mehr Studienplätze. Die FMH schätzt, dass rund 1800 nötig sind.

Zwar erhöhen die Universitäten seit Jahren stetig die Plätze, doch die Schweiz hinkt im internationalen Vergleich noch immer hinterher. Knapp zehn Ärzte bilden wir pro 100 000 Einwohner aus. In Österreich sind es fast vierzehn und in Deutschland zwölf.



DNA-Spur führt Justiz in die Irre

Neuer Gerichtsfall: 29-Jähriger zu Unrecht verurteilt, weil seine DNA an einem Tatort gefunden worden war.

VON ANDREAS MAURER

Vier Neuwagen einer Basler Audi-Garage stehen nachts um zwei Uhr in Flammen. Die Scheibe des Showrooms ist eingeschlagen. Die Ermittler finden am Tatort zwei Steine. Auf den Wurfgeschossen haften die DNA-Spuren eines heute 29-Jährigen.

Der Täter schien identifiziert zu sein. Das Basler Strafgericht verurteilte ihn 2014 zu Schadenersatz von 200 000 Franken sowie zu einer bedingten Gefängnisstrafe. Hängig blieb eine Forderung der Audi-Vertretung über weitere 600 000 Franken. Das Leben des jungen Mannes drohte von einem Schuldenberg überschattet zu werden.

Der Mann kämpfte gegen seine Verurteilung. An der Verhandlung vor der zweiten Instanz von diesem Jahr nahm der Fall eine spektakuläre Wende: Der Mann wurde freigesprochen. Nun liegt das rechtskräftige Urteil vor.

Viele Fragen bleiben offen. Der wirkliche Täter bleibt unbekannt. Fest steht aber: Der Angeklagte war

in der besagten Nacht nicht am Tatort. Das höchste Basler Gericht hält zwei Varianten für möglich, wie sein genetischer Fingerabdruck auf die beiden Steine gelangt sein könnte. Die Velo- oder Arbeitshandschuhe des Mannes mit DNA-Material auf der Aussenseite könnten vom unbekanntem Täter verwendet worden sein. Denkbar wäre gemäss den Richtern auch, dass der 29-Jährige die Steine vor dem Vorfall berührt hatte und der Täter diese später mit Handschuhen ins Audi-Schaufenster warf.

Selber hat der Mann keine Erklärung für seine DNA-Spur. Er leidet aber an einer seltenen Hautkrankheit: Schuppenflechte. Dadurch verliert er grosse Mengen an Hautschuppen und hinterlässt eine überdurchschnittliche DNA-Spur. Sie wurde ihm zum Verhängnis.

177 000 Personen registriert

Die DNA-Analyse wird für die Aufklärung von Straftaten immer wichtiger. Im Vorjahr erzielten Abfragen der Strafverfolger in der Schweizer DNA-Datenbank 13 000 Treffer; mehr als



Anwalt Bernard Rambert sagt: «In der Schweiz ist der Glaube an DNA-Beweise fast unumstösslich.»

Keystone, Thinkstock

doppelt so viele im Vergleich zum Jahr 2007. Der vom Bundesamt für Polizei verwaltete Datenschatz wächst. Aktuell sind 177 000 Personenprofile und 64 000 Tatortspuren registriert. Vor acht Jahren waren erst 80 000 Personen und 14 000 Spuren erfasst. Der Ausbau reicht bürgerlichen Politikern nicht. Sie fordern, dass DNA-Profilen verurteilter Straftäter länger gespeichert werden.

Der Zürcher Anwalt Bernard Rambert hat den angeblichen Basler Steinewerfer verteidigt. Er sagt: «In der Schweiz ist der Glaube an DNA-Beweise fast unumstösslich. In Deutschland ist die Sensibilität für das Pro-

blem höher.» Hierzulande habe er vergeblich nach einem DNA-Forensiker als Berater gesucht. Fündig wurde er bei einem deutschen Institut für forensische Genetik.

In seiner Karriere als Strafverteidiger hat der siebzigjährige Rambert einen weiteren Justizirrtum aufgrund eines DNA-Beweises erlebt: «Vor zehn Jahren fand man neben einer Leiche in Zürich ein Taschentuch mit DNA-Spuren einer Frau. Sie wurde deshalb des Mordes verdächtigt und sass ein halbes Jahr in U-Haft. Dabei war auch sie unschuldig.»

DNA-Beweis gegen Flugticket

Der zu Unrecht verurteilte Basler legte vor der ersten Instanz mehrere Beweise vor, die belegten, dass er zum Tatzeitpunkt vier Flugstunden von der Audi-Garage entfernt war: in den Ferien in Griechenland. Das bezeugten seine Begleiter, ein Flugticket sowie ein Mietautovertrag. Die Strafrichter erkannten darin jedoch Details, die Ungereimtheiten vermuten liessen. Deshalb gewichteten sie den Beweis der Wissenschaft höher.

SVP

Ueli Maurer verteidigt Grenzregime

Lange schwieg Bundesrat Ueli Maurer, obwohl eine drängende Frage im Raum stand: «Gilt das Recht auf Asyl in Chiasso noch?» Im Zusammenhang mit den Flüchtlingen, die, von der Schweiz abgewiesen, in einem öffentlichen Park in Como campieren, geriet Maurer unter Beschuss. An der Delegiertenversammlung der SVP in Wettingen AG nahm er nun zum ersten Mal zum Thema Stellung.

«Wenn ein Asylgesuch berechtigt ist, wird es selbstverständlich behandelt. Die Leute werden von der Grenzwa- che dem Staatssekretariat für Migration übergeben», sagte Maurer und lobte das Korps. Die Situation an der Grenze werde von den Medien hochgespielt. Die Schweiz weise Leute ohne gültige Papiere konsequent zurück. Wer kein Asyl wolle, werde abgewiesen.

Maurer schätzt, dass aktuell 60 Prozent der Asylgesuchsteller untertauchten und zum Teil versuchten, die Schweiz wieder zu verlassen. Deutschland greife 100 bis 200 Personen pro Woche auf. «Die Schweiz ist für viele kein Asylland», sagte der Finanzminister und wies Forderungen nach einem humanitären Korridor nach Deutschland als «völlig illusorisch» zurück. Deutschland sei von der Willkommenskultur abgerückt und habe rund 90 zusätzliche Grenzwachter und 40 Bundespolizisten an die Schweizer Grenze beordert. Maurer lobte die Zusammenarbeit mit Italien. Die Verhandlungen seien sehr erfolgreich gewesen. Der südliche Nachbar nehme bis zu 1000 Personen pro Tag zurück und würde sie nach Apulien, also in den Süden des Landes, bringen. Maurer versuchte künftige Kritik bereits jetzt zu kontern. «Vorwürfe an das Grenzschutzkorps sind wirklich zurückzuweisen.»

Polizeieinsatz in Como

In Como spitzt sich indes die Situation zu. Wie lokale Medien berichteten, kam es zu einem Polizeieinsatz, als eine grössere Gruppe Migranten versuchte, einen Intercityzug in die Schweiz zu besteigen. In Strassenkampfausrüstung blockierten Polizisten das Gleis, auf dem der Zug abfahren sollte. Das Gerücht sei im Umlauf gewesen, die Schweizer Grenze sei nun offen. (RIT)